WELTWIRTSCHAFT

Showdown in Washington

Die Europäer wollen vom Internationalen Währungsfonds zusätzliche Milliarden, um ihre Schuldenkrise zu bekämpfen. Doch die Schwellenländer widersetzen sich den Plänen. Sie werfen dem Westen vor, seine Macht zu missbrauchen.

Wenn Wolfgang Schäuble (CDU) am Donnerstag nach Washington aufbricht zur Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank, dann reist eine Menge Gleichmut und Genugtuung mit.

„Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht", lobt der deutsche Finanzminister sich und seine Kollegen aus der Euro-Zone. Selten zuvor sei er in den vergangenen Jahren mit einem besseren Gefühl zu einem derart wichtigen internationalen Finanzgipfel gereist.

GETTY IMAGES

IWF-Chefin Lagarde: *Die Praxis straft alle großen Pläne Lügen*

Grund für Schäubles Zufriedenheit sind die jüngsten Beschlüsse der Euro-Gruppe, der Versammlung der Finanzminister aus den 17 Mitgliedstaaten der Währungsunion. Vor zwei Wochen vereinbarte die Runde in Kopenhagen, die beiden Rettungsschirme für den Euro breiter zu spannen. 800 Milliarden Euro, umgerechnet mehr als eine Billion Dollar, wollen die Europäer bei Bedarf mobilisieren, um strauchelnde Mitgliedsländer zu stützen.

Monatelang hatte IWF-Chefin Christine Lagarde Schäuble und seine Kollegen gedrängt, die Brandmauern für die Euro-Rettung zu erhöhen. Würden sie eine Billion Dollar bereitstellen, sei vom IWF noch einmal so viel für einen globalen Rettungsschirm zu erwarten, versprach sie. Am Donnerstag dimmte sie die Erwartungen an den Fonds ein klein wenig nach unten, weil die schlimmsten Befürchtungen nicht eingetreten seien.

Jetzt melden die Europäer Vollzug und hoffen auf mehr Geld aus Washington. Schäuble und seine Kollegen kommen mit der Erwartung in die US-Hauptstadt, dass einem größeren Engagement des IWF nichts mehr im Wege stehe. Aber die Hoffnungen könnten trügerisch sein.

Ein Selbstläufer jedenfalls sind die zusätzlichen Geldhilfen nicht. Bei vielen der insgesamt 187 Mitgliedstaaten des IWF wächst der Unmut über die Anspruchshaltung des noch immer wohlhabenden alten Kontinents. Viele Politiker ärmerer Weltregionen nehmen den Europäern übel, dass sie, obwohl sehr reich, sich nicht selbst zu helfen wissen.

Was die Vertreter von Schwellenländern besonders erbost, ist die Tatsache, dass der IWF bislang mehr Geld für europäische Pleitestaaten mobilisiert hat als für die Finanzkrisen in Russland, Südkorea und Mexiko zusammen. Die Hilfen allein für Griechenland summieren sich auf das 23fache der griechischen Kapitaleinlage beim Fonds. Nie zuvor in den mehr als 60 Jahren seines Bestehens hat der Fonds ein in Schieflage geratenes Land so großzügig mit Hilfe bedacht.

Für die Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, die als sogenannte BRICS-Staaten firmie-

ren, ist die Freigebigkeit ein weiterer Beleg dafür, dass die alten Industriemächte Europas und Nordamerikas die Washingtoner Organisation als Selbstbedienungsladen verstehen. Sie sind wild entschlossen, neue Hilfen für Europa wenn schon nicht zu verhindern, so doch zu verzögern.

Gegen Ende der Woche wird es in der US-Hauptstadt zum Showdown kommen. Dabei geht es nicht nur darum, wie die Welt kurzfristig aus der Krise findet. Der Streit um zusätzliche Hilfen für Europa ist nur ein Symptom für viel tiefgreifendere Konflikte. In Wirklichkeit tobt ein Machtkampf zwischen alten Industrieländern und aufstrebenden Schwellenstaaten darüber, wer in einer der wichtigsten Institutionen der Globalisierung künftig das Sagen haben wird.

Die Beteiligung am zweiten Rettungspaket für Griechenland oder die Aufstockung zeitlich befristeter Kreditlinien an den IWF, mit denen die neuen Hilfen finanziert werden sollen, sind für die BRICS-Staaten willkommene Anlässe für eine Kraftprobe. Langfristig geht es ihnen darum, ihr Gewicht entsprechend ihrer gewachsenen weltwirtschaftlichen Bedeutung in den Entscheidungsgremien des Fonds wiederzufinden. Ein zähes Ringen für die nächsten Jahre ist programmiert.

Die Marschrichtung der Schwellenländer für die Frühjahrstagung gaben vor zwei Wochen die Staats- und Regierungschefs der BRICS-Staaten bei ihrem Treffen in Neu Delhi vor. „Dringend geboten“ sei, dass ihre Länder eine wichtigere Rolle im IWF spielen sollten, dass sich ihre wachsende wirtschaftliche Bedeutung auch widerspiegele bei Sitz und Stimme in den Entscheidungsgremien der Organisation.

Eine eindeutige Warnung schickten sie Richtung Europa: Die Bemühungen, die Ausleihkapazitäten des Fonds zu erhöhen, könnten nur von Erfolg gekrönt sein, wenn vereinbarte Reformbeschlüsse auch umgesetzt würden.

Schon seit Jahren ringen die Schwellenländer im IWF um mehr Einfluss, der ihnen 2010 schließlich auch von den etablierten Industriemächten zugestanden wurde. Doch die Praxis straft alle großen Pläne bislang Lügen.

Noch immer steht nicht fest, wann die damals verabredete Erhöhung der Kapitalquoten für China und Co. in Kraft tritt. Noch immer ist unklar, wann die Europäer, wie versprochen, zwei Sitze im Exekutivdirektorium des IWF, dem obersten Beschlussorgan, abtreten. Dabei sind sie in dem Lenkungsgremium notorisch überrepräsentiert.

„Die Europäer wollen unsere Hilfe, kommen uns aber bei der IWF-Reform nicht entgegen“, schimpft Paulo Nogueira Batista, 57, der Vertreter Brasiliens und acht weiterer lateinamerikanischer Länder im Exekutivdirektorium des IWF. „Das ist schon sehr merkwürdig.“

Der brasilianische Ökonom ist so etwas wie der Rädelsführer der BRICS-Staaten in der Direktorenrunde des IWF. Aus seiner Skepsis gegenüber den Kopenhagener Beschlüssen von Ende März macht er kein Geheimnis. Die Europäer hätten die Rettungsschirme „weniger als versprochen“ aufgestockt. Tatsächlich sind 300 der 800 Milliarden Euro schon längst verplant. „Das Verfahren ist sehr undurchsichtig.“

Entsprechend zurückhaltend sind Nogueira Batista und seine Kollegen, was weitere IWF-Hilfen angeht. Er legt Wert auf die Feststellung, dass seine Regierung noch keine endgültige Entscheidung getroffen habe und er sie auch nicht vorwegnehmen könne, aber: „Ich halte es nicht für ausgemacht, dass es schon bei der Frühjahrstagung zu einer Bewilligung kommt.“ Durchaus möglich sei, dass die Entscheidung erst auf dem G-20-Gipfel im Juni falle.

Die BRICS-Länder wollen auf Zeit spielen. Ihnen geht es um eine kleine Machtdemonstration. Doch ihre Ziele sind weitreichender. Sie wollen die Stimmrechte innerhalb des IWF zu ihren Gunsten verschieben und den traditionellen Anspruch der Europäer auf den Chefsessel der Washingtoner Organisation brechen. „Der Fonds entspricht nicht mehr den Wirklichkeiten des 21. Jahrhunderts“, sagt Nogueira Batista. „Die Euro-Länder missbrauchen ihre Macht im IWF“, klagt er. Viel zu viele Mittel und damit auch Risiken konzentrierten sich in Europa. In Wirklichkeit sei der IWF längst kein Weltwährungsfonds mehr. „Wir haben es hier mit einem Nordatlantik-Währungsfonds zu tun.“

Der Streit um die Mittelaufstockung bietet den Nachwuchsmächten zudem die Gelegenheit, einen Keil zwischen Amerikaner und Europäer zu treiben. Traditionell halten beide eng zusammen, etwa wenn es darum geht, einen neuen IWF-Chef zu küren.

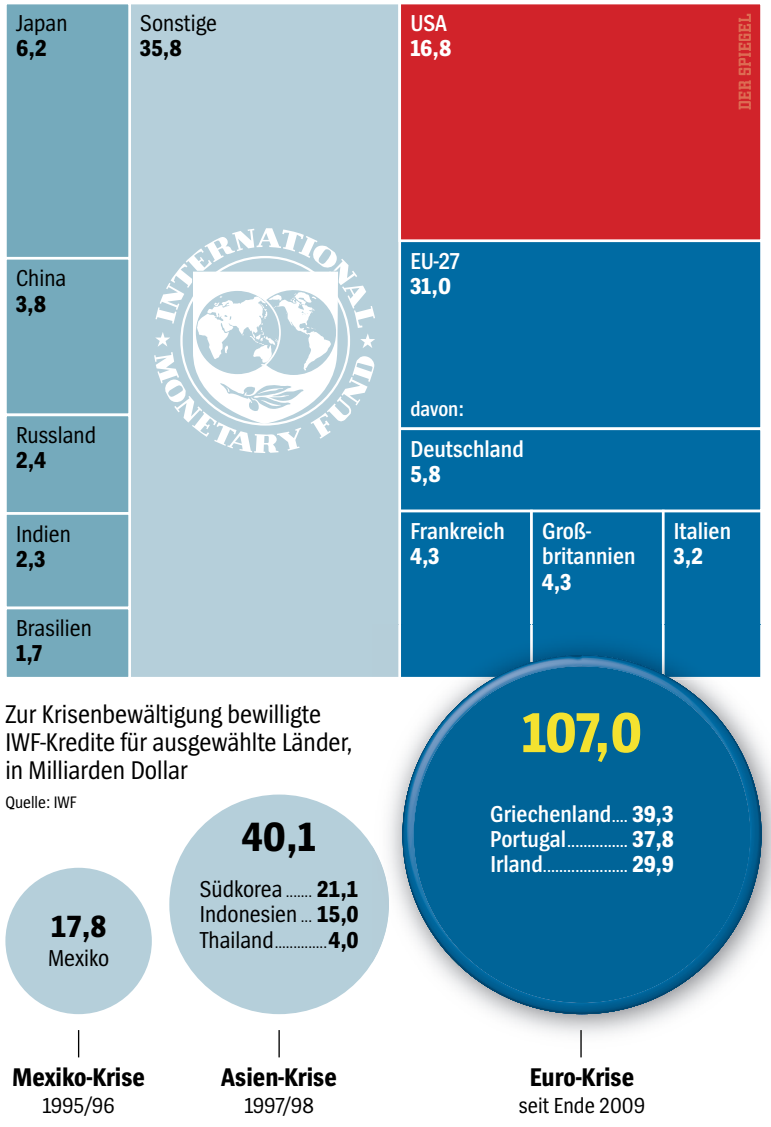
Diesmal wirkt die Allianz brüchig. Die Amerikaner wollen kein zusätzliches Geld für den globalen Rettungsschirm bereitstellen, zudem blockieren sie die Umsetzung der Reformbeschlüsse. Präsident Barack Obama wagt es nicht, den US-Kongress noch vor der im Herbst anstehenden Präsidentschaftswahl um mehr Geld für den IWF zu bitten.

„Europa kann seine Probleme aus eigener Kraft lösen“, sagt US-Finanzminister Timothy Geithner. „Der IWF kann keinen robusten Rettungsschirm der Euro-Länder ersetzen.“

Bei dieser Verweigerungshaltung ist es geblieben. „Die

Westliche Dominanz

Stimmenanteile der Mitgliedstaaten des IWF, in Prozent



amerikanische Regierung hält sich weitgehend zurück und hofft, dass in diesem Jahr keine weiteren Katastrophen passieren“, heißt es in IWF-Kreisen.

Obama fürchtet, sich dem Vorwurf auszusetzen, amerikanisches Steuergeld zu verschleudern. Hinzu kommt eine ausgeprägte Skepsis gegenüber internationalen Organisationen, die die letzte verbliebene Supermacht häufig entwickelt. Zu viel internationale Zusammenarbeit verträgt sich nicht mit der eigenen Vorstellung als Hegemon.

Die US-Republikaner nutzen die Schuldenkrise der alten Welt zudem als Beleg dafür, dass das europäische, angeblich sozialistische Wirtschaftsmodell gescheitert ist. „Europa funktioniert schon in Europa nicht“, wettert Obamas wahrscheinlicher Herausforderer Mitt Romney immer wieder auf den Wahlkampfveranstaltungen – und will damit Obama treffen, der in Amerika ein Wirtschaftsmodell europäischer Prägung einführen wolle.

Einen Profiteur der amerikanischen Zurückhaltung gibt es dennoch: China. Zufrieden registrieren Offizielle der zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Erde, wie sich die Amerikaner selbst aus dem Spiel nehmen. Ihnen kommt jeder Einflussverlust der alten Hegemonialmacht gelegen.

Die Chinesen gebieten über die größten Währungsreserven der Welt. Ihnen bereitet es keine Schwierigkeiten, die Mittel für den IWF aufzubringen. Rücksichten auf eine widerspenstige Volksvertretung kennen sie ohnehin nicht.

Die Berliner Bundesregierung beobachtet die Zurückhaltung der Amerikaner mit zwiespältigen Gefühlen. „Es ist bedauerlich, dass die USA keinen eigenen Beitrag leisten“, heißt es im Bundesfinanzministerium. Dennoch wollen die Mitarbeiter von Ressortchef Schäuble nicht alle Hoffnung fahren lassen. „Wir sind zuversichtlich, dass die Ressourcenerhöhung auf der Frühjahrstagung beschlossen wird und die BRICS-Staaten dabei mitziehen.“

„Europa funktioniert schon in Europa nicht“, wettert Obama-Herausforderer Mitt Romney.

Auf ein Koppelgeschäft mit den Schwellenländern – Hilfe für Europa, im Gegenzug mehr Mitsprache im IWF – will sich die Bundesregierung nicht einlassen. „Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der aktuellen Anhebung der Ressourcen und weiteren Reformen beim IWF.“ Dauerhaft aufhalten könnten die Schwellenländer die Beschlüsse sowieso nicht. Dafür fehle ihnen die Mehrheit.

Außerdem spekulieren die Europäer auf das Eigeninteresse der BRICS-Staaten. Von den zusätzlichen Mitteln sollen nicht nur die Europäer profitieren, sie stehen weltweit allen Mitgliedern zur Verfügung. Geboten scheint das allemal, denn Untersuchungen des IWF haben ergeben, dass auch entlegenste Weltgegenden die Auswirkungen der Euro-Krise zu spüren bekommen. Bei ihren – im IWF-Jargon „Tail Risk“-Szenarien genannten – Projektionen kommen die Experten von Fonds-Chefin Lagarde zu dem Schluss, dass bei einem Zusammenbruch Spaniens oder Italiens auch Länder in Lateinamerika und Asien in Bedrängnis geraten könnten. Solche Nebenbeben in ihrem Hinterhof, so die Hoffnung der Europäer, wollten die BRICS-Staaten bestimmt vermeiden. Deshalb würden sie die Mittelaufstockung schon mittragen.

Was den Umfang der IWF-Hilfen angeht, sind die Europäer mittlerweile bescheiden geworden. Das Ziel, eine Billion Dollar zu mobilisieren, haben sie aufgegeben. Wenn stattdessen nur 800 Milliarden Dollar zusammenkämen, heißt es bei ihren Unterhändlern, sei das doch auch „ein schönes Ergebnis“.

Marc Hujer, Christian Reiermann